

Von der „Solidarność” zur Solidarität

Przemysław Wielgosz

Die Arbeiterbewegungen in Polen haben in den letzten drei Dekaden eine komplizierte und dramatische Evolution erlebt. Von einer revolutionären Explosion Anfang 80 über einen Umbruch und Fall in den 80 und 90. Jahren und mit immer wiederkehrenden Versuchen einer Neubelebung. Von einer großen Gewerkschaft mit eingebundenen Strukturen einer sozialen Bewegung zu weiter bestehenden unkoordinierten Versuchen neue Taktiken und Organisationsstrukturen zu erarbeiten.

1980 entstand in Polen eine revolutionäre Bewegung, die 10 Millionen Menschen erfasste. Diese Bewegung entwickelte und radikalisierte sich pausenlos über 17 Monate. Das war die längste Mobilisierung der Arbeiterschaft in der Geschichte der Arbeiterbewegung, die als Revolution bezeichnet werden kann.

In der „Solidarność” kam der Widerspruch zur bürokratischen Diktatur der kommunistischen Partei mit dem Projekt der Demokratisierung und der politischen Bewusstseinsbildung der Arbeiterschaft. Diese Vision hatte mit der bürgerlichen Sicht von Demokratie überhaupt nichts zu tun. Für die polnischen Arbeiter in den Jahren 1980-81 war der Weg zur Demokratie und ihre eigentliche Verwirklichung eine Veränderung der Machtverhältnisse am Arbeitsplatz. Die Massen der „Solidarność” wollten eben die Bereiche politisieren und unter den Einfluss der Arbeiterklasse bringen, die heute der Kapitalismus mit aller Macht entpolitisieren will. Darauf beruht schließlich ihre Linksradikalität. Diese revolutionäre Dynamik, die ihren Ausdruck in den Forderungen im Programm der nationalen Selbstverwaltung niedergeschrieben wurden, die bei dem 1. Kongress der Gewerkschaft im Herbst 1981 angenommen wurden und mit den gleichzeitigen Überlegungen der radikalen Gruppe Lublin über einen aktiven Streik - wurde durch das Kriegsrecht unterbrochen.

Die Intervention der Armee, die Inhaftierung von tausenden Gewerkschaftern, die brutale Niederschlagung von Bergarbeiterstreiks, die Repressionen gegenüber Gewerkschaftern in den verschiedenen Betrieben vernichteten die gewerkschaftliche Basis und im Grunde genommen die Gewerkschaft selbst. Zu den Bedingungen des Kriegsrechtes konnte diese Massenorganisation nicht überleben. Ihren Platz nahmen die unterschiedlichsten Oppositionsgruppen ein, die im Untergrund tätig waren und immer weniger Kontakt mit der Arbeiterschaft hatten. Der Abbruch der Abhängigkeit zwischen den Leitungsgremien der Opposition und der Basis der Arbeiter in den Betrieben, wie sich die Gewerkschaft in den Jahren 1980/81 darbot, hatte erhebliche Konsequenzen. Die Opposition hat während des Kriegsrechtes auf ihren Rückhalt in den Betrieben verzichtet und sich der Kirche zugewandt. Dadurch war die Solidarność nicht mehr eine demokratisch verfasste Massenbewegung. Die Basis kontrollierte nicht mehr die Aktivitäten oben und wurde so zu einer lockeren Koalition von Gruppen des Untergrunds, die sich einer gewissen Selbstständigkeit erfreuten, allerdings waren sie praktisch von ihrer ehemaligen gewerkschaftlichen Basis isoliert. Ohne dieser Trennung von der Basis wäre eine spätere Evolution der Solidarność - Eliten zur Akzeptanz des Kapitalismus nicht möglich gewesen. Die Loslösung von der demokratischen Kontrolle durch die Basis in den Betrieben führten die oppositionellen Eliten zum Kompromissen mit der Regierung, die Reformen des Marktes durchführten und Bedingungen schufen, um die Bürokratie in den

Kapitalismus überzuführen. Gleichzeitig haben in der Opposition immer mehr konservative Kreise, die mit der Kirche verbunden waren, eine Rolle gespielt. Sie nahmen auch die Unterstützung von westlichen Regierungen an. Die Restauration des Kapitalismus in Polen begann 1985. Gleichzeitig hat die „Zeitweilige Koordinierende Kommission“ der Untergrund- Solidarność der Arbeiterselbstverwaltung eine Absage erteilt und sich für die freie Marktwirtschaft ausgesprochen. Die Regierung hat 1986 die Absprachen mit dem IWF unterschrieben. Dies fand zu einer Zeit statt als noch 80% der Arbeiter die Forderungen nach Arbeiterselbstverwaltung unterstützten. Ein letzter Höhepunkt der Arbeitskämpfe war der Streik von 1988, einerseits stark genug, um der Regierung Verhandlungen mit der Opposition abzutrotzen, aber zu schwach, um in der Lage zu sein die ursprünglichen Forderungen ein Jahr später bei den Verhandlungen zu berücksichtigen.

Der Fall des realen Sozialismus und die Restauration des Kapitalismus in den Jahren 1989/90 haben eine dramatische Verschlechterung der ökonomischen und politischen Situation den Arbeiter gebracht. Die Löhne fielen auf 50%, es gab ein gewaltiges Anwachsen der Arbeitslosigkeit, die sich auf die höchste in Europa bei 17% und 2003 bei 20% - heute 11% - einpendelte. Die Anzahl der Menschen, die unterhalb des sozialen Minimums lebten, lag 1990 bei 15% und stieg auf 60% in 2003. Dazu wurden die Rechte der Gewerkschaften beschnitten und der Staat verabschiedete sich aus vielen sozialen Aufgaben. Die Vertreter der Arbeiter haben ihre politische Repräsentanz verloren. Die Solidarność fühlte sich verpflichtet einen Schutzschirm über der Mazowiecki - Regierung, die eine neoliberale Politik einführte, zu breiten. So verlor sie die Chance die politischen Forderungen der Arbeiterschaft zu Gehör zu bringen. Durch eine Politik der Bürokratisierung der Solidarność verhält sie sich wie auch die in der OPZZ vertretenen postkommunistischen Gewerkschaften opportunistisch und fungieren als ein Feigenblatt aller folgender Regierungen. Die gewerkschaftliche Basis allein brachte sie in die Lage an Protesten teilnehmen zu lassen. Dies geschah in den Jahren 1992-93, als es in Polen zu einer großen Zahl von Demos und Streiks kam. Dies war eine Antwort auf die drakonischen Maßnahmen durch den neoliberalen Kurs des Finanzministers Leszek Balcerowicz. Eine gewaltige Protestbewegung entstand mit über 14.000 Streiks, die Schlüsselindustrien und den Öffentlichen Dienst erfassten. Die Welle des Widerstandes stand nicht unter einer Leitung und ihre Teilnehmer haben nicht ein gemeinsames politisches Programm artikuliert. Allerdings war sie so stark, dass sie die Privatisierung, die Restrukturierung und die Massenentlassungen ausbremste, und politisch dazu beitrug, dass die Postkommunisten der SLD an die Regierung kamen. Die Arbeiterklasse hat eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse der 90. Jahre in Polen gehabt, obwohl sie keine politische Repräsentanz hatte. Dank der immer noch bestehenden lebendigen Arbeiterkultur, von gewissen bestehenden starken gewerkschaftlichen Strukturen und der Fähigkeit Massen zu Protesten zu mobilisieren, waren sie in der Lage die neoliberalen Pläne in seiner Dynamik bei den folgenden rechten und linken Regierungen einzugrenzen. Der Widerstand der Arbeiter verhinderte die Variante eines Kapitalismus russischer oder ukrainischer Machart.

Allerdings hat die Arbeiterbewegung den höchsten Preis für die Restauration des Kapitalismus bezahlt. Die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften fiel von 40% in 1990 auf etwa 10% in 2010. Im privaten Sektor fehlt es an Gewerkschaften, was dazu führt, dass noch bestehende aus den Betrieben gedrängt werden. In 1997 begann die Demontage von Arbeitnehmerrechten, die Privatisierung des Rentensystems, die

Kommerzialisierung des Gesundheitswesens und der Öffentlichen Dienste und eine Deregulierung des Arbeitsmarktes. Bis 2005 haben die Reallöhne nicht das Niveau von 1989 erreicht. Der größte Einschnitt nach der Schocktherapie von Balcerowicz fiel in die Zeit der Regierung der AWS (Wahl Aktion Solidarność), die durch Gewerkschaftsführer entstanden ist und rechten Gruppierungen in die Koalition nahm (1997-2001). Der Niedergang der großen Gewerkschaften, die in Korruptionen verwickelt sind und sich einbinden lassen in die Unterstützung von rechten oder nominellen linken Parteien, die aber alle eine Politik gegen die Arbeiterschaft führen, öffnete die Tore zur Schaffung neuer Bewegungen in der Arbeiterschaft. Von Beginn des neuen Jahrhunderts wächst die Rolle der kleinen, aber dynamischen Gewerkschaften, die in Schlüsselbereichen des polnischen Kapitalismus sich befinden. Solche Organisationen wie Sierpień 80 (August 80), Inicjatywa Pracownicza (Arbeiter Initiative) oder einige Branchen im Bereich des Forums der Gewerkschaften (Forum Związków Zawodowych) bleiben zwar Minderheiten in der Arbeiterbewegung, die aber in der Lage sind ihre Spielregeln den alten Sauriern aufzuzwingen.

Die Veränderungen in der polnischen Arbeiterbewegung waren schon 2002-03 zu spüren, als eine neue Protestwelle entstand. Ähnlich wie 10 Jahre früher hatte sie einen defensiven Charakter. Die Initiative entwickelte sich aus verschiedenen Betrieben heraus, nicht etwa aus Leitungen großer Gewerkschaften. Neu waren die Versuche die Proteste auf Landesebene außerhalb der Strukturen der großen Gewerkschaften zu koordinieren. Die größten Belegschaften, die protestierten, bildeten ein Gesamtpolnisches Protest Komitee, das einige Monate tätig war. Neu war auch, dass der Streik als eine Form des Arbeitskampfes abnahm. 2002-2004 gab es davon lediglich 27. Immer öfter wurden Demonstrationen und Straßenblockaden durchgeführt - 6.500 in dem gleichen Zeitraum. Die Proteste dieser Zeit brachten teilweise Ergebnisse. Die Arbeiter zwangen die Regierung, die Privatisierung von vielen Betrieben auszusetzen und die Freisetzung von 100.000 Arbeitsplätzen zurück zu nehmen, sowie eine finanzielle Unterstützung von gefährdeten Branchen - doppelt so hoch wie in den Vorjahren. In 2006-2007 wurde ein weiterer Versuch unternommen den radikalen Zweig der Arbeiterbewegung im Komitee zur Hilfe und Verteidigung unter Repressionen stehender Arbeiter (KPiORP) zu koordinieren.

Die Tendenz die Anzahl der Streiks herunterzufahren und dafür den Demos mehr Bedeutung beizumessen, fand auch ihre Bestätigung bei der Protestwelle 2007-08. Die Arbeiter reagierten damals die Ergebnisse des UE-Beitritts, die große Welle der Arbeits-Migration (ca. 1 Million Menschen) und die gute Konjunktur im globalen System durch das Wachstum in China. Deswegen ging der Kampf jetzt nicht um den Erhalt der Arbeitsplätze, sondern eine bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Der Streik im Gesundheitswesen 2006 führte zu einer 30% Lohnerhöhung und zu neuen Unruhen. Bei einigen hundert Streiks 2007-08 nahmen etwa 230.000 Arbeiter teil. Eine noch größere Anzahl von Menschen nahm bei 1400 Blockaden und Demos teil. Diese Welle von offensiven Arbeiterprotesten brachte nach 20 Jahren einen bedeutenden Lohnzuwachs in 2007-08 (durchschnittlich 10% jährlich). Die Proteste fanden ihr Ende mit dem Ausbruch der globalen Krise und der Kapitulation von „Solidarność“ und OPZZ vor der Regierung und den Arbeitgebern, die ein Antikrisenpaket entwarfen, dass die Arbeitnehmerrechte weiter beschränken und Massenentlassungen erleichtern wird.

Die Arbeiterbewegung in Polen steht am Beginn der 2. Dekade des Jahrhunderts vor den Herausforderungen der globalen Krise und einer weiteren Offensive gegen die Rechte der Arbeiter im Land selbst als auch im Bereich der EU.

Polen gehört heute zum halbperipheren Bereich einer billigen, destabilisierten aber gut ausgebildeten Arbeitskraft. Der polnische Kapitalismus verlangt eine Wirtschaft mit einer starken Produktivkraft und einem Wachstum im Dienstleistungsbereich (davon ein großer Bereich der industriellen Dienstleistung). Die große Anzahl von Verlagerung von Betrieben und Montagen durch den Westen schaffen Inseln der Modernisierung und eine geringe technische Innovation.

Unter solchen Bedingungen muss die Arbeiterbewegung sich gegen eine Destabilisierung der Arbeitskraft stellen und eine Taktik zu ihrer Mobilisierung erarbeiten. Die wichtigsten Kämpfe der vergangenen Jahre machen klar, dass die Arbeiterbewegung in einer wichtigen Phase der Umgestaltung und der Suche nach neuen Organisationsformen auf neuen Fronten des Arbeitskampfes ist. Die Wiederbelebung der Solidarität unter den Arbeitern, die eine der wichtigsten Waffen der Arbeiterschaft ist, ist noch eine Aufgabe für die Zukunft.

Przemysław Wielgosz

ist Chefredakteur der polnischen Ausgabe von „*Le Monde Diplomatique*”

Aus dem Polnischen: Norbert Kollenda

Der Markt als Ersatz des Sozialen oder die Neoliberale Transformation Osteuropas

Redebeitrag von *Kamil Majchrzak* an der attac Sommeruni vom 03. bis 05.09.2010 in Delémont (Schweiz)

Literatur:

Pazifizierung des Widerstandes oder wie der Osten Kolonisiert wird, in: *telegraph* 118/119, abrufbar unter: http://www.telegraph.ostbuero.de/118_119/inhalt118_119.htm

Während die nachholende Reinstallation der Marktwirtschaft in Osteuropa, für die westliche Konsumgesellschaft, nun auch allegorisch die Suche nach einem neuen Telos der Geschichte für beendet erklärte, traten die ausgebrochenen Widersprüche zwischen juridischer Freiheit und faktischer individueller Ohnmacht in der osteuropäischen Peripherie umso unversöhnlicher an die Oberfläche.

Eines der unmittelbaren Ursprünge des gesellschafts-politischen Kompromisses von 1989 war dabei die Kultur von Verhandlungen und gesellschaftlichen Kompromissen, die insbesondere bei während der Streiks in der Lenin-Werft 1980/81 erprobt wurden. Und dennoch hat der schockartig durchgeführte Übergang von einer Gesellschaft der Produzenten zu einer Gesellschaft der Konsumenten nicht den ursprünglichen *social contract* eingelöst, sondern vielmehr durch eine radikale Umgestaltung der Produktivkraftentwicklung durch Privatisierung und Deregulierung zugleich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und Herrschaftsbeziehungen invisibilisiert.

Mit dem Scheidejahr 1989 verschoben sich die Rahmenbedingungen und Orte an denen gesellschafts-politische Verantwortung übernommen werden kann. Der Ort der Intervention, der zuvor vom Staat besetzt war, wurde durch den Marktmechanismus ersetzt. Mit dieser Verschiebung wurden wichtige Staatsfunktionen von der öffentlichen Aufsicht und somit der demokratischen Kontrolle emanzipiert.

Der Markt -so Zygmunt Bauman- bleibt zwar ein Tauschforum für Waren, die zeitgenössische Agora verliert jedoch ihre ursprüngliche Funktion einer Öffentlichkeitsherstellung. Wo einst Privatinteressen in Belange des Öffentlichen übersetzt wurden, werden heute sozial produzierte Probleme privatisiert und die Erwartungen der Bürger durch selbstreferenzielle Lebensstrategien neutralisiert. Die Konturen der neuen Demokratie werden somit von Bürgern gezeichnet, die ökonomisch handeln, jedoch nicht mehr politisch sind, privat aber nicht mehr öffentlich.

Welchen Nutzen bringt uns eine Analyse von Prozessen der Einhegung sozialer Kämpfe der letzten 20 Jahre in Osteuropa durch den neoliberalen Zugriff? Was können wir daraus für die Krisen der Gegenwart lernen?

Referent:

Kamil Majchrzak ist sozialer Aktivist, deutsch-polnischer Jurist, Redakteur der polnischen Edition von *Le Monde Diplomatique* und des *telegraph*. www.peaceresearch.com